

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 88 (1994)
Heft: 5

Artikel: Dem realen Sozialismus nachgerufen
Autor: Villain, Jean
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143832>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dem realen Sozialismus nachgerufen

«Freiheit ist immer
die Freiheit der anderen...»

(Ausspruch eines anonym gebliebenen
ostdeutschen Arbeitslosen)

Jean Villain, der Schweizer Schriftsteller und Sozialist, der sich vor mehr als 30 Jahren in der ehemaligen DDR niedergelassen hat, ist den Leserinnen und Lesern der Neuen Wege kein Unbekannter. Bereits im Dezemberheft 1990 hat er in einem NW-Gespräch damit begonnen, die Ursachen für den Zusammenbruch des «realsozialistischen» Systems zu analysieren. Der folgende Text, ein leicht überarbeiteter und redaktionell gekürzter Vortrag für die Sozialistische Volkshochschule Uster am 9. Dezember 1994, führt diese Trauerarbeit weiter und benennt die Faktoren, an denen dieser Sozialismus scheitern musste, allen voran den Ur-Defekt eines demokratie- und intelligenzfeindlichen Wahrheitsmonopols, aber auch den technologischen Rückstand und die damit einhergehende Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Kapitalismus. Druck von aussen hat den permanenten Ausnahmezustand im realsozialistischen Machtbereich scheinbar legitimiert, gleichzeitig aber auch zu verheerenden Fehlentscheidungen geführt: vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum Raketen-Wettrüsten der 70er Jahre.

Red.

Die ideologische Vorprägung der Spitzenfunktionäre

Über das Ausmass der Katastrophe, in welche die politischen Führungen praktisch aller «realsozialistischen» Länder Osteuropas die Bevölkerung ihrer Herrschaftsbereiche und damit sich selber hineingeritten haben, ist nach 1989 viel gesagt und geschrieben worden. Weniger dagegen über die historischen Hintergründe, die dazu führten. Und noch weniger über die soziologischen Hintergründe bestimmter *Blindheiten* verantwortlicher Spitzenfunktionäre, Blindheiten, die sie mit Hunderttausenden «der Sache» ehrlich und treu ergebenden Parteiarbeitern teilten.

Eine seriöse, auf vordergründiges Moralisieren verzichtende Untersuchung der psychosozialen Ursachen solcher Haltungen steht noch aus. Sollte sie eines Tages in Angriff genommen werden, käme sie vermutlich bald an den Punkt, wo die politisch-ideologischen Vorprägungen dieses

Personenkreises ins Blickfeld gerieten. Ich denke dabei – vor allem im Hinblick auf die ältere Generation – an den von nicht wenigen geleisteten *antifaschistischen Widerstand*. Ferner denke ich an die Klassenkämpfe der 20er und 30er Jahre, in die sie verwickelt waren. Und an die Familienschicksale, die sich hieraus ergaben und die wiederum die nächste Generation formten und ihr nach 1945 kategorisch geboten, mitzuwirken am Aufbau eines den Kapitalismus ablösenden Systems, das neuerliche Katastrophen faschistischer Art ein für allemal unmöglich machen würde.

Zu prüfen wäre natürlich auch, aus welchen *sozialen Schichten* sich diese Gruppen rekrutierten. Woraus sich dann möglicherweise auch die Einsicht ergäbe, dass nicht wenige der zwischen 1945 und 1989 aktiv gewesenen Spitzenfunktionäre und deren Sympathisanten vorwiegend die *Klassenkämpfe von gestern und vorgestern* fortsetzten, statt sich ernstlich den strukturell zumeist völlig anders gelagerten Kon-

flikten der Nachkriegszeit zu stellen. Zumal das ideologische Instrumentarium, das diesen Genossen zur Verfügung stand oder ihnen aufgrund ihrer Vorprägungen am ehesten zugänglich war, via «Parteilehrjahr» und andere politische Schulungen, vorab die Klassenkampf-Erfahrungen der Vorkriegs- und der Kriegszeit propagierte.

Aus dem hieraus resultierenden Unvermögen, die Kluft zwischen vorgeprägtem politischem Bewusstsein und einer völlig neuen Wirklichkeit zu überbrücken, dürften sich nicht wenige jener negativen Phänomene, die den realen Sozialismus belasteten, schlüssig erklären lassen. So zum Beispiel der etwa ab 1965 in den Spitzengremien der SED und ihrem Apparat mehr und mehr um sich greifende *politisch-soziale Realitätsverlust*. Um den Anspruch, «Avantgarde» aller gesellschaftsverändernden Kräfte zu sein, trotz rapide schwindender Fachkompetenz in immer mehr gesellschaftspolitisch wichtigen Bereichen, weiter aufrecht zu erhalten, musste man sich zwangsläufig immer tiefer in ein Dickicht von Illusionen flüchten.

Dieses Abheben von der Wirklichkeit war mit zunehmender Korruptierbarkeit auch im materiellen Bereich verbunden. Bei manchen älteren Genossen dürfte sie aus dem Drang erwachsen sein, nun endlich das, was man vor und nach 1933 in den Gefängnissen, Konzentrationslagern und im Exil an *schwersten Entbehrungen* hatte auf sich nehmen müssen, wenigstens ansatzweise zu kompensieren. Was übrigens in materiell sehr bescheidenem Rahmen geschah, zumindest gemessen an den Privilegien, die sich die führenden Kreise westlicher Industriegesellschaften seit eh und je mit grösster Selbstverständlichkeit herausnehmen. Dennoch führte diese um sich greifende moralische Anfälligkeit des Apparates zu einem Graben zwischen der «Avantgarde» und der Bevölkerung.

Motivationen vom Engagement für den Sozialismus bis zum Karrierismus

Zu den folgenschwersten Konsequenzen dieses Grabens zählen die spätestens nach

der Niederwalzung des «Prager Frühlings» häufiger gewordenen *Verzerrungen der Motivation* junger Menschen, unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus in die Partei einzutreten oder anderweitige gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Das Stichwort «Karrierismus» erklärt in diesem Zusammenhang allerdings noch gar nichts.

Natürlich gab es jenen Typ des kalten Karrieristen, der in seinem Bestreben, Machtpositionen und Wohlstand zu erlangen, vor kaum etwas zurückschreckt. Das Gros derer, die das DDR-System auch nach 1968 noch mittragen, dürfte indes ganz anders motiviert gewesen sein. Gerade wer am realen Stand der Dinge im realen Sozialismus vieles auszusetzen hatte, ihn aber dennoch für *historisch notwendig* und demzufolge für *entwicklungs- und verbesserungsfähig* hielt, fühlte sich dazu verpflichtet, zur Beseitigung besonders irritierender Missstände, wie vor allem des Defizits an Demokratie, aktiv beizutragen und die Dinge im Interesse der grossen Mehrheit voranzutreiben. Sich ehrlichen Herzens für die Weiterentwicklung des realen Sozialismus zu engagieren, schien also auch bei gleichzeitiger Distanzierung von dessen negativen Teilaspekten durchaus sinnvoll.

Eine ganz andere Frage ist die nach den Erfolgchancen solcher Bemühungen. Blockiert wurden sie nicht zuletzt durch die von der SED-Führung betriebenen Versuche, die innere Distanz des zahlenmässig alles andere als geringen *nichtoppositi*onellen Teils des Staatsvolkes der DDR zur Staatsführung zu verringern und gleichzeitig die «unsicheren» Bevölkerungsgruppen bei der Stange zu halten. Eines der *nicht-repressiven* Hauptinstrumente, derer sich die Staatsführung dabei bediente, war der *Ordensregen*, den sie mehrmals jährlich auf Zehntausende herniederrieseln liess. Je mehr das System in die Jahre kam, desto üppiger wurde er; zuletzt erreichte er die Intensität tropischer Monsungewitter. Da dieser Ordensregen aber immer öfter gerade jene, die sich aufgrund ihrer kritischen Ehrlichkeit tatsächlich Verdienste um die

Gesellschaft erworben hatten, kaum erreichte, dafür umso heftiger auf jene herniederprasselte, die durch politisches Wohlverhalten und Konformismus aufgefallen waren, verfehlte er seinen Zweck, ja trug sogar dazu bei, die Zweifel des nicht-korrupten Teils der Bevölkerung am Sozialismus weiter zu vertiefen.

Ähnliches dürfte für die von der SED über weite Strecken gehandhabten Prinzipien der *Kader-Auswahl* gelten. Auch hier avancierte das politische Lippenbekenntnis nach und nach zum alles entscheidenden Kriterium. Gefördert wurden immer öfter Leute, die sich bis hin zur Auslöschung ihrer Kreativität gängeln, von ausser steuern liessen. Damit aber war eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Entstehen jener berüchtigten «Wahrheitsfilter» gegeben, die den Austausch realitätsbezogener Informationen zwischen «Unten» und «Oben», zwischen Peripherie und Zentrale zunehmend behinderten und in manchen Bereichen schliesslich vollends lähmten.

Was wiederum die Voraussetzung dafür war, dass sich Staat und Partei mehr und mehr zur «Melkkuh» degradieren liessen. Vor allem in der Endphase bedienten sich bei ihnen aufs schamloseste nicht nur Karrieristen, sondern auch die heimlichen und offenen Gegner des Systems und späteren «Wendehälse». So trug denn die kaderpolitische Negativauswahl mit dazu bei, dass die Parole «Privat geht vor Katastrophe» im letzten Jahrzehnt der Honecker-Ära zur geheimen Staatslösung der DDR werden konnte.

Der Unfehlbarkeitsanspruch der Partei als Ur-Defekt

Die letztendlich entscheidenden Ursachen für das fortschreitende politische «Erblinden» der Partei, für ihre wachsende Unfähigkeit, bestimmte sozialökonomische Realitäten überhaupt wahrzunehmen (was die Grundvoraussetzung dafür gewesen wäre, sinnvoll auf sie zu reagieren), liegt jedoch weder in den Bewusstseins- und Charakterstrukturen irgendwelcher

führender Parteifunktionäre, noch in deren kaderpolitischen Fehlentscheidungen, sondern in einer Art Ur-Defekt aller auf den «demokratischen Zentralismus» eingeschworenen Parteien «Leninschen Typs». Setzte doch die Durchsetzung ihres Anspruchs auf *exklusive politisch-ideologische Führung* ganzer Staatswesen samt Wirtschaft, Armee, Volksbildung, Medizin, Kunst und Kultur, das heisst ausnahmslos aller öffentlichen Bereiche der Gesellschaft, das Vorhandensein eines omnipräsenten «inneren» Apparates voraus.

Dass ein derart umfassendes, zentral gesteuertes Interventionsinstrument nur einigermaßen funktionieren konnte, solange es, nach *militärischem Vorbild*, streng hierarchisch strukturiert war und sich seine Glieder entsprechender Disziplin unterwarfen, versteht sich von selbst. Und ebenso, dass es nicht irgendwann von irgendwem am «grünen Tisch» eronnen wurde, sondern das Produkt genau bestimmbarer *kollektiver Erfahrungen* dieser Parteien war. Erfahrungen langer, teilweise blutig-verlustreicher Perioden der Illegalität, während derer bei Strafe des Untergangs der Organisation und des Todes ihrer Aktivisten konspirativ gearbeitet werden musste, also unter absolutem Ausschluss jeglicher kontrollierenden Öffentlichkeit.

Aus solchen Zwängen und Denkschemata entwickelten sich Traditionen, die diese Parteien tragischerweise nie wieder loswurden. Sie prägten den Stil und die Organisationsprinzipien auch ihrer späteren legalen politischen Arbeit in einem Ausmass, das dem Aussenstehenden kaum vorstellbar sein dürfte. Die *gigantischen Sicherheitsapparate*, die über weite Strecken einfach lächerliche Geheimniskrämerei, die das Privatleben führender Funktionäre umhüllte, das über sämtliche «Geheimnisträger» verhängte strikte Verbot unkontrollierter privater Kontakte zu westlichen Ausländern, selbst zu solchen, die bereits seit Jahrzehnten im Lande lebten, die Absurdität topographisch gefälschter Landkarten noch im Zeitalter der Satelliten-Aufklärung gehören mit in dieses triste Kapitel.

Eine weitere, aus der Isolation in der Illegalität herrührende ideologische Falle, aus welcher sich diese Parteien nie zu befreien vermochten, sehe ich in den *parareligiösen Dimensionen* ihres Anspruchs, alleinige Wahrer und Hüter politischer, sozialer und weltanschaulicher Wahrheiten zu sein. Führte doch diese Säkularisierung eines ursprünglich päpstlichen Unfehlbarkeitsanspruchs im politischen Alltag zwangsläufig zu ausgesprochen kultischen Ritualen, um nicht zu sagen, eigentlichen *Liturgien*. Als solche empfand ich die Jahr für Jahr nach demselben Protokoll ablaufenden Massenaufmärsche und militärischen Defilées zu bestimmten Gedenktagen, die zeitweilige Allgegenwart der Ikonen ausgewählter historischer Führer der Arbeiterbewegung, aber auch amtierender Generalsekretäre, die rigorose Verdammung in Ungnade gefallener Genossen in die Hölle der Unnennbarkeit, die ritualisierten Beifallszeremonie auf Parteitag und nicht zuletzt das monologisch-priesterliche Gehabe bestimmter führender Persönlichkeiten bei Auftritten in der Öffentlichkeit. Stalin oder Breschnew erteilten den Massen auf dem Roten Platz vom Leninmausoleum herab nicht viel anders den «Segen urbi et orbi», als es der Papst von seinem Balkon über dem Petersplatz aus tut...

Anzumerken ist hier allerdings, dass andere sozialrevolutionäre Volks- und Massenbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts von derlei Phänomenen ebenfalls nicht verschont geblieben sind. Sie scheinen – um hier ein Lenin-Wort zu variieren – immer dann aufzutreten, wenn eine neue wissenschaftliche Erkenntnis nicht in ihrer vollen Gedankenschärfe, sondern zum «*Glauben*» vereinfacht und verkürzt, die Massen ergreift. Was anscheinend fast unvermeidlich ist, auch wenn wir Linken, die wir uns vorab der Ratio verpflichtet fühlen, das natürlich nicht so gerne wahrhaben wollen und demzufolge gern verdrängen.

Vergreisung der politischen Führung

Einen weiteren Umstand, der den realen Sozialismus in einem durchaus wörtlich zu

verstehenden Sinn bereits in jungen Jahren altersschwach werden liess, sehe ich in der vor allem in den 70er Jahren manifest gewordenen Vergreisung der politischen Führungen praktisch sämtlicher realsozialistischer Gesellschaften. Wie aber konnte es geschehen, dass diese sich als unfähig erwiesen, verlässliche Schutzmechanismen gegen das kontraproduktive Beharrungsvermögen ihrer Spitzenfunktionäre zu entwickeln? Wie kam es zu dieser *Unabsetzbarkeit* – übrigens keineswegs nur von längst offenkundig senilen Politbüromitgliedern und Generälen, sondern auch mittlerer Kader –, selbst dann, wenn sie eindeutig unfähig, korrupt, mit Alkoholproblemen behaftet, launisch und dumm waren?

Sicherlich hat dies zum einen mit dem allgemeinen *Demokratie-Defizit* zu tun, das den realen Sozialismus ungeachtet seiner permanenten Beschwörung von «Demokratie» in allen möglichen Wortverbindungen auszeichnete. Zum andern aber wohl auch mit den spezifischen Formen der realsozialistischen Partei- und Staatsbürokratie, die sich von der des realen Kapitalismus in einigen sehr wesentlichen Punkten unterschied. So in ihrer bereits erwähnten extrem zentralistischen Ausrichtung, die dazu führte, dass der Instanzenweg bis zur endgültigen Entscheidungsfindung, egal ob es um welt- oder um lokalpolitische Dinge ging, allzu oft erst ganz «oben» endete.

Zur Bewältigung des Arbeitspensums, das sich diese oberste Ebene anmasste, wären Megahirne von geradezu *göttlichem Allwissen* erforderlich gewesen. Hätten die solcherart überforderten Spitzenfunktionäre nun vor sich und der Welt eingestanden, nicht über derartige geistige Superpotentiale zu verfügen, hätten sie entweder kollektiv demissionieren oder das System verändern müssen. Da sie sich weder zum einen noch zum andern durchringen konnten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als weiter über Dinge zu entscheiden, von denen sie meist nur wenig verstanden, und dabei langsam zu versteinern.

Graben zwischen Apparat und Intelligenz

Die Parteikader entstammten vorwiegend den «unteren» Schichten, kamen aus *Arbeiter- und Kleinbauernfamilien*; die Intelligenz und der Mittelstand blieben, weil überwiegend «bürgerlich» oder als «bürgerlich» abgestempelt, aussen vor. Auch wurden riesige Anstrengungen unternommen, via Arbeiter- und Bauernfakultäten eine neue «sozialistische» Intelligenz mit proletarisch-bäuerlichen Wurzeln heranzuziehen. Vielleicht erklärt dies wenigstens zum Teil den tiefen Graben, der bis zuletzt zwischen der nicht aus diesen Kreisen hervorgegangenen Intelligenz und dem Staats- und Parteiapparat bestand.

Auch mögen die traditionellen, oft sogar als eigentliche «*Intelligenzfeindlichkeit*» definierten Schwierigkeiten der kommunistischen und Arbeiterparteien im Umgang mit ihren Intellektuellen und Künstlern damit zusammenhängen, dass nicht wenige Parteifunktionäre den vom Bildungsbürgertum geprägten humanistischen Linksintellektuellen über weite Strecken schon rein sprachlich nicht folgen konnten. Hinzu kamen aus je anderen Produktions- und Lebensweisen resultierende unterschiedliche Sichten auf gewisse Dinge des Daseins. Dass hier beide Seiten gleichermassen versagten, beide ihre Berührungspunkte und sonstigen Vorbehalte nie gänzlich abzubauen vermochten, steht für mich fest. Desgleichen, dass es sich hierbei tatsächlich mehr um ein heilloses Versagen denn um «Schuld» handelt; denn Schuld setzt die klare Einsicht in die Möglichkeiten der Wahl zwischen mehreren Verhaltensweisen, korrekten und falschen, voraus.

Ob Persönlichkeiten vom Charakter eines *Stalin* über solche Möglichkeiten verfügten, möchte ich, nach allem, was wir seit spätestens 1956 über ihn wissen, doch bezweifeln. Gerade während seiner Ära aber nahm das Unvermögen der beiden Hauptschichten der «*Classe politique*» des realen Sozialismus, produktiv miteinander umzugehen, konstruktiv miteinander zu streiten, nicht nur grauenvoll mörderische, sondern

in seiner Langzeitwirkung auch eindeutig selbstmörderische Formen an. In dem, was daraus erwuchs und bis heute fortwirkt, sehe ich eine *Tragödie* in des Wortes antiem Sinn. Das Gewicht, das ihr innerhalb der anderen, der Haupttragödie unseres Scheiterns zukommt, ist enorm. Es so genau als möglich zu bestimmen, wird für jene, die den nächsten Anlauf in Richtung auf zukünftige Alternativen zum Kapitalismus wagen werden, unumgänglich sein. Nur so werden sie nicht auf das bereits beachtlich grosse Angebot von teils nostalgischen, teils von Hass diktierten, stets jedoch billigen «Dolchstosslegenden» hereinfallen, die eigentlich nur Wasser auf die ideologischen Mühlen des realen Kapitalismus lenken.

Der Druck von aussen

Da sich die *sowjetische Oktoberrevolution* von Anfang an vorab militärisch behaupten musste und bis 1924 alle möglichen Interventionskriege durchzustehen hatte, – da sie sich anschliessend über Jahrzehnte mit einem von Westeuropa und den USA über sie verhängten ideologischen und militärstrategischen «Cordon sanitaire» konfrontiert sah, verbunden mit massivem globalem Handelsboykott, – da sie bereits in den 30er Jahren wieder in den direkten militärischen Clinch mit den Japanern geriet und im Süden via Persien-Türkei von England strategisch bedrängt wurde, – da der Zweite Weltkrieg die militärisch-hierarchisch-zentralistische Struktur der Sowjetordnung mehr als alles Bisherige zu rechtfertigen schien und damit leider auch für die Zukunft als unabdingbar erscheinen liess (Kalter Krieg, atomare Bedrohung etc.), stand die UdSSR von ihrem Gründungstag bis zur letzten Stunde ihrer Existenz unter einer Art militärpolitischem Ausnahmezustand. In diesen zog sie ab 1945 auch das «sozialistische Lager».

Statt dem Kapitalismus primär dort Paroli zu bieten, wo er schwach war, nämlich in den sozialen, kulturellen, bildungspolitischen Bereichen, bei der Gleichstellung von Mann und Frau, in der Gleichberechtigung

gung der Völker und der Rassen, – statt dem Reich des leistungsgekoppelten Konsums das Reich einer wirklichen *sozialen* Freiheit entgegenzusetzen, liess sich der reale Sozialismus auf einen *rüstungstechnischen und militärstrategischen Wettkampf* mit diesem System ein. Zuerst gezwungenermassen – ursprünglich ging es ja wirklich um das nackte Überleben. Später jedoch mehr und mehr aus Mangel an Phantasie. Was zu *verheerenden Fehlentscheidungen* führte, wie: Hitler-Stalin-Pakt, Einmarsch ins Baltikum, in Bessarabien und in den Ostteil Polens, finnisch-russischer Krieg, Koreakrieg, ungarische Katastrophe von 1956, Raketenkrise von 1962, Prag 1968, Afghanistan 1978 und – nicht zu vergessen – die wiederholt bis zum Abgrund des Kriegs vorangetriebenen sowjetisch-chinesischen Grenzkonflikte der 60er und 70er Jahre.

Als die mit Abstand schlimmste und sowohl im ökonomischen wie im psychologischen Bereich verheerendste, eigentlich schon selbstmörderische Fehlentscheidung betrachte ich das zu Beginn der 70er Jahre in Gang gekommene *zweite Raketen-Wett-rüsten*. Die sowjetische Führung liess sich zu einem Zeitpunkt darauf ein, da das «Gleichgewicht des Schreckens» zwischen den Supermächten bereits seit Jahren bestand und längst eine globalstrategische Pattsituation eingetreten war.

Die erstaunliche Massenwirksamkeit der *westlichen Friedensbewegung* während der Anti-Mittelstreckenraketen-Kampagne 1979/83 lässt ahnen, was hier bei flexiblerer Haltung der sowjetischen Führung weltpolitisch erreichbar gewesen wäre. Leider jedoch liessen sich der reale Sozialismus und sein Warschauer Pakt gerade hier eine völlig *überflüssige Entscheidungsschlacht* zwischen den Systemen aufdrängen. Und der Gegner wählte dafür natürlich jenes Feld, auf dem er die technologische und die materielle Überlegenheit auf seiner Seite hatte, eben im Bereich der Rüstung. Schon wegen seiner geringeren Produktivität und seines wesentlich kleineren Bruttosozialprodukts hätte der Osten diesen Rüstungswettlauf mit

dem Westen weder im technologischen noch im ökonomischen Bereich je gewinnen können.

Ökonomische Faktoren

Doch nicht nur falsche militärstrategische Optionen führten dazu, dass der reale Sozialismus als Versuch einer Alternative zum ebenso realen Kapitalismus scheitern musste. Mindestens soviel trugen dazu ökonomische Faktoren bei. So, um wieder auf die DDR zurückzukommen, der ungeheuerliche Aderlass, den das Land bis 1961 hinzunehmen hatte, jene *Massenabwanderung* vorwiegend junger, qualifizierter Leute, die seit der westdeutschen Währungsreform von 1949 immer grössere und zuletzt wahrhaft katastrophale Ausmasse annahm. Ihren absoluten Höhepunkt erreichte sie unmittelbar vor dem Mauerbau im Sommer 1961, als bis zu zehntausend Menschen pro Woche in den Westen abwanderten. Und zwar – anders, als dies in den Jahren des Kalten Krieges dargestellt wurde – zum grossen Teil keineswegs aus politischen, sondern aus ökonomischen Gründen.

Dieselbe marktwirtschaftliche Gesetzmässigkeit, die seit Jahrzehnten den *«brain-drain»* zu Lasten der Entwicklungsländer und zugunsten der reichen Industriestaaten steuert und die heute zum Zustrom der sogenannten Wirtschaftsasylanten führt, kostete auch die DDR rund ein Sechstel ihrer Bevölkerung.

Gewiss, manche sagen: Geschah ihr ganz recht – warum brachte sie ihre Planwirtschaft nicht auf höhere Leistung! Aber derart einfach liegen die Dinge nicht. Immerhin: Während die BRD durch den *Marshallplan* zeitig in den Genuss dreistelliger Dollarmilliarden kam, die aus ihr, trotz verlorenem Krieg, binnen weniger Jahre das «Schaufenster des Westens» oder den «Pfahl im Fleisch der DDR» (Willy Brandt) machten, hatte die industriell schwache DDR der UdSSR und anderen östlichen Opfern des Nazikrieges riesige *Reparationsleistungen* zu erbringen. Bürgerliche Wirtschaftsexperten, unter ihnen

der derzeitige Ministerpräsident des Landes Sachsen, Kurt Biedenkopf, beziffern den Kapitalabfluss, den die DDR dadurch zwischen 1945 und 1960 erlitt, auf mindestens 800 Milliarden DM! Eine Summe, die etwa der Hälfte der heutigen Staatsschuld der BRD entspräche.

Kontraproduktiver Sicherheitsapparat

Ebenfalls nicht völlig loszulösen von aussenpolitischen Einwirkungen ist der etwa ab 1946 angelaufene ebenso rapide wie politisch extrem kontraproduktive Ausbau des Sicherheitsapparates. Dass er nach den von Stalin vorgegebenen Normen erfolgte, ist bekannt. Desgleichen, welches Leid er nicht nur über vermutete und tatsächliche Feinde des Sozialismus, sondern auch über eine wahrscheinlich weit höhere Zahl absolut integrier Menschen, darunter Hunderttausende ehrliche Genossinnen und Genossen, brachte.

Festzuhalten für alle Zukunft bleibt dabei die ebenso dialektische wie furchtbare Wahrheit, dass gerade der unter solch gewaltigem Einsatz an materiellen und personellen Kräften vorangetriebene Versuch, den Fortbestand einer zweifellos gefährdeten und zerbrechlichen neuen Ordnung durch geheimdienstliche Mittel zu sichern, massiv mit zur *Aushöhlung ihrer Lebenskräfte* beitrug. Die Tatsache, dass immer mehr Menschen überwacht, beobachtet, eingeeengt und ein- oder ausgesperrt wurden, führte unvermeidlich zu einer genauso massenhaften Vernichtung von Kreativität und Goodwill.

In demselben Sinne wirkte natürlich die zunehmend auch von «Sicherheitsaspekten» bestimmte Auswahl und Beaufsichtigung von *Kadern* aller Art. Zum politischen Sieb, das Opportunisten und Karrieristen den Vorzug gab, gesellte sich jetzt noch dasjenige der «Sicherheit»: Wiederum wurden nicht die demokratisch ermittelten Fähigsten in verantwortliche Positionen delegiert, sondern Leute, die beispielsweise keine Westverwandtschaft hatten oder dem System in irgendeiner Weise verpflichtet schienen. Am deutlichsten war dieses Phä-

nomen übrigens in bestimmten Bereichen des zentralen Parteiapparates zu beobachten, beispielsweise bei der Auswahl von Parteisekretären und Politoffizieren.

Das im wesentlichen Stalin zugeschriebene, in Wahrheit aber auf die zaristische Ochrana zurückreichende *xenophobe Sicherheits- und Repressionssystem* der realsozialistischen Länder behinderte in hohem Masse auch das spontane Entstehen persönlicher Beziehungen zwischen Menschen verschiedener realsozialistischer Länder. Genauso blockierte, bremste, belastete es jedoch auch die offiziellen Kontakte zwischen den «Bruderparteien» und den «Brudervölkern». Deren Pflege blieb sorgfältig gesiebt Funktionärsdelegationen vorbehalten, die sich, vertraut man den Communiqués, mit mehr oder weniger formalen «Gesprächen» oder dem nur zu oft im apologetisch-phraseologischen Bereich steckenbleibenden «Austausch von Meinungen» begnügten. Wonach man sich beim anschliessenden «geselligen Zusammensein», nur zu oft gegenseitig mit Wodka abfüllte. Jeder, der in der Zeit nach 1945 mit höheren Parteifunktionären zu tun hatte, kennt deren Berichte über legendäre «Sto Gramm»-Orgien, die jahrzehntelang einfach zum Protokoll gehörten.

Kein Wunder, wenn unter solchen Bedingungen auch das vielbeschworene «Vertrauen» und die «Freundschaft» zwischen derart miteinander umgehenden Politikern weitgehend auf dem Papier blieben. Eine der hohlsten Leerformeln jener Zeit war denn auch der vielstrapazierte Begriff der «Völkerfreundschaft», der – ernst genommen – das genaue Gegenteil dessen voraussetzen würde, was da stattfand, nämlich Massenbegnungen, getragen von einer kontaktfreudigen und über die entsprechenden Reisemöglichkeiten verfügenden Gesamtbevölkerung.

Eine Zwischenbemerkung zum technologischen West-Ost-Süd-Gefälle

Dennoch war der Untergang des realen Sozialismus weit mehr ein Ereignis ökonomischer als politisch-militärstrategischer

Sozialer Aufwand und Drittweltpolitik

Natur. Die Hauptursache dieses Zusammenbruchs sehe ich im zuletzt unaufholbar gewordenen technologischen Rückstand und in der daraus erwachsenen wirtschaftlichen *Konkurrenzunfähigkeit* gegenüber dem fortgeschrittenen Kapitalismus. Die Hauptursache dieses Zusammenbruchs liegt somit keinesfalls dort, wo man sie bis dato besonders gerne sucht. Nämlich weder in der heute so fleissig verschrienen «Planwirtschaft», noch in besonders haarsträubender «Misswirtschaft», auch nicht speziell im Dschungel der «Bürokratie und ihrer Stasi».

Planwirtschaft betreiben die multinationalen Konzerne genauso ernsthaft und umfassend, wie es die Realsozialisten versuchten. Die westliche Bürokratie ist, wie sich die Osis inzwischen durch eigene Anschauung überzeugen konnten, eindeutig noch aufgeblähter, als es die ihre in den schlimmsten Zeiten war.

Und was das *Stasi-Syndrom* betrifft, so gehört es spätestens seit dem frühkapitalistischen Herrn Fouché zum eisernen Grundbestand des Industriezeitalters. Den entscheidenden Unterschied etwa zwischen der Staatssicherheit der DDR und der schweizerischen Bundespolizei oder der CIA sehe ich vor allem in zweierlei: Zum einen können sich letztere Institutionen dank der ihnen zur Verfügung stehenden, weit höher entwickelten Technik merklich diskreterer Arbeitsmethoden befleissigen als die einstigen «Schilder und Schwerter der Partei». Zum andern sind sie, dank derzeit noch relativ solider Stabilität des Sozialgefüges der Gesellschaften, die sie «schützen» sollen, bei weitem weniger «ausgelastet», als es die verfllossene Stasi war. Ansonsten dürfte sich die Art ihrer Observationsfelder, ihrer Bespitzelungs- und Abhörmethoden, ihrer grossen und kleinen «Lauschangriffe» und Praktiken der Postkontrolle, soziologisch aufgeschlüsselt, in etwa mit denen der Staatssicherheit decken: Überwacht werden auch im Westen seit eh und je all jene «Elemente», die ein echtes oder geargwöhntes «Sicherheitsrisiko» für das System darstellen.

Mit zu den Faktoren, die zum technologischen Tempoverlust beitrugen, zähle ich den Aufwand, den die Zweite Welt, entsprechend ihrem Selbstverständnis, im sozialen Bereich trieb. Obschon ihr Sozialprodukt unvergleichlich niedriger war als das der hochentwickelten kapitalistischen Länder, zweigte sie doch einen prozentual höheren Teil davon für Leistungen ab, die sich für die Bevölkerung als eine Art «*zweite Lohntüte*» bemerkbar machten.

Dazu gehörten: die bis zuletzt gewahrt gebliebene Sicherheit der Arbeitsplätze, die für jedermann kostenlose medizinische Betreuung, umfassende Kurangebote und breit angelegte Poliklinik-Betreuung, der gesicherte Krippen- und Kindergartenplatz für alle Kinder, der freie Zugang auch der ökonomisch Schwachen zu sämtlichen Schul- und Hochschuleinrichtungen, die grosszügige Suventionierung des gesamten kulturellen Bereichs. Hinzu kam eine wesentlich gleichmässiger und sozial gerechtere Verteilung des konsumierbaren Teils des Bruttosozialprodukts insgesamt. Der Abstand zwischen Minimal- und Spitzeneinkommen war um Grössenordnungen geringer als der hierzulande übliche.

Eine weitere Ursache der zunehmenden Konkurrenzunfähigkeit des realen Sozialismus sehe ich in einer – wiederum aus seinem politisch-ethischen Selbstverständnis erwachsenen – Unfähigkeit, sich in ähnlich hemmungsloser Weise wie der Kapitalismus Arbeitskräfte, Rohstoffe und Primärenergien der Dritten Welt zu Schleuderpreisen nutzbar zu machen. Je mehr sich die «Terms of Trade» zu *Ungunsten der Entwicklungsländer* verschoben, desto grösser wurde der Vorsprung der kapitalistischen Länder gegenüber den sozialistischen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil letztere in ihrer Mehrheit der Dritten Welt entwicklungsmässig näher standen als dem Westen. Die Hauptdevisenquelle der Sowjetunion beispielsweise war der Export von Rohstoffen und von Primärenergien, worin sie sich nicht von beliebigen Drittweltländern unterschied.

Orientierung am Kapitalismus

Da der reale Sozialismus in Ländern gewagt wurde, deren technologischer Standard von allem Anfang an drastisch hinter dem der am weitesten fortgeschrittenen Staaten lag, schielten sowohl die Machthaber als auch die Bevölkerungsmassen der realsozialistischen Länder nach den in Sachen Produktivität weit voraus marschierenden *Konkurrenzsystemen*. Die Herrschenden taten es mit ihren Mitteln: Spionageapparat und – soweit trotz aller Embargos möglich – Einfuhr von technologischem Know how, wobei sie mitunter so naiv waren zu glauben, die Konkurrenz verkaufe ihnen tatsächlich das Neueste und Beste. Die Kehrseite dieses Fixiertseins auf einen bereits in der Welt vorhandenen höheren Standard war eine fortschreitende Lähmung der eigenen gesellschaftspolitischen Kreativität. Der reale Kapitalismus drängte die realsozialistischen Länder mehr und mehr in die Rolle von Nachhechlern, Nachahmern und schliesslich gar in die von Nachäffern selbst seiner grössten Fehler.

«Den Kapitalismus einholen und überholen», lautete 1956 Nikita Chruschtschows Parole zum 20. Parteitag. Gerade diese Orientierung jedoch führte, weil von Anfang an mit der Preisgabe wichtiger sozialistischer Teilziele verbunden, bald schon zu einer schleichenden Pervertierung, Unterminierung und schliesslich Aufgabe zentraler sozialistischer Positionen. Das betrüblichste Beispiel hierfür war die Eröffnung von *Devisenläden* und damit die Legalisierung einer zweiten, ausländischen Landeswährung, die, weil stärker als die eigene, bald schon sämtliche Bereiche der Volkswirtschaft zu zersetzen begann.

Dadurch aber, dass sich die sozialistische Gesellschaft aufgrund ihrer politökonomischen Zweitrangigkeit in keinem einzigen technologischen Bereich dauerhafte Überlegenheit erkämpfen konnte, sah sie sich natürlich auch ausserstande, internationale Moden, Konsumgewohnheiten und ähnliches zu bestimmen. So kam es, dass sich grosse Teile der *Jugend* am Westen

orientierten und sich dessen Modedikaten fügten, angefangen mit den Ringelsöckchen zu Beginn der 50er Jahre, bis hin zu den Strubbelmähen der Beatles und den «Nietenhosen» und – zuletzt – zur Glatzkopfmode. Die Ideologen des Systems vermochten dagegen nicht anzukommen. Nicht mit ökonomischen, nicht mit politischen und schon gar nicht mit polizeilichen Mitteln.

Soziale Konkurrenz zum Kapitalismus

Festzuhalten gilt es andererseits jedoch auch, dass dieser missgeborene reale Sozialismus trotz all seiner Gebrechen schon allein durch die Tatsache seiner zeitweiligen Existenz, und dadurch, dass er den Rang einer weltgesellschaftlichen Alternative für sich in Anspruch nahm, den real existierenden Kapitalismus während sieben Jahrzehnten ganz schön auf Trab hielt und ihm in dessen eigenem Bereich immer wieder beträchtliche *soziale Leistungen* abtrotzte. Wie wahr dies ist, dokumentiert nicht zuletzt der seit 1989 weltweit, vor allem aber in den hochentwickelten westeuropäischen Industrieländern stattfindende, rasante Abbau von sozialen Errungenschaften.

Deutlich am stärksten unter sozialem Zugzwang stand als direkter Nachbar der DDR die *BRD*. Hätte sie ihr «soziales Netz» in den 50er Jahren nicht rapide ausgebaut, wäre es sogar denkbar gewesen, dass der reale Sozialismus trotz geringerer Produktivität für breite Schichten der westdeutschen Bevölkerung eine gewisse Attraktivität entwickelt hätte. Zumal höhere Produktivität, wie es sich heute immer deutlicher herausstellt, kein sozialer Wert an sich ist. Im Gegenteil, in Gesellschaften wie der gegenwärtigen führt sie primär zu massenhafter Dauerarbeitslosigkeit und damit zu einer gefährlichen Zunahme sozialer Konfliktstoffe insgesamt.

Heute steht für mich fest, dass *künftige Alternativen* zum realen Kapitalismus – sofern die historische Chance zu solchen nicht ein für allemal vertan ist – nur in ökonomisch und technologisch höchstent-

wickelten Ländern Aussicht auf Erfolg haben werden. Es müssen zudem Länder sein, deren wirtschaftliches Gewicht die gesamte Weltwirtschaft massgebend mitbestimmt, da andernfalls – wie gehabt – sofort eine unheilige Allianz aller übrigen sich bedroht fühlenden kapitalistischen Konkurrenzstaaten gegen den Ausbrecher vorgehen würde. Er hätte dann, boykottiert von allen Seiten, genauso wenige Überlebenschancen wie das untergegangene realsozialistische System.

Nachtrag

Als Nachtrag noch ein Wort in eigener Sache. Für mich und wohl auch für manche andere Kommunisten meiner Generation gilt: Wir haben uns diesen nunmehr gescheiterten Sozialismus nicht ausgesucht. Er war der *einzig vorhandene*, als uns der unerträgliche politische Zustand der Welt der 30er, 40er und 50er Jahre dazu trieb, im wahrsten Sinn des Wortes Partei zu ergreifen. Es ging um die Alternative zu Strukturen, die mit einer infernalischen Vergangenheit, bestimmt durch zwei Weltkriege, belastet waren.

So problematisch sich uns diese Alternative darbot – wir entschieden uns dennoch für sie aus einem entscheidenden Grund: Wir hielten sie für *lern- und entwicklungsfähig*, für reformierbar und verbesserbar und wollten unser Teil dazu beitragen. Abseits zu bleiben und uns die Augen nach der schneeweiss-makellosen Traumgesellschaft auszugucken, nach dem fixfertigen Ideal-Utopia, war unsere Sache schon deshalb nicht, weil dies geheissen hätte, uns vor der Verantwortung, die zu übernehmen wir als notwendig erkannt hatten, zu drücken. Abseits zu bleiben, aus sicherer Distanz zu kritisieren, das war uns nichts.

In einem Buch des französischen Juden, Historikers und von den Nazis hingerichteten Widerstandskämpfers *Marc Bloch* stiess ich neulich auf folgenden Satz: «Es sind die Utopien, die letztenendes der Realität zum Durchbruch verhelfen.»

Allerdings nur dann, möchte ich hinzufügen, wenn sie streng von den latenten und

akuten Konfliktstoffen ausgehen, welche die jeweils vorgegebene gesellschaftliche Wirklichkeit bestimmen. Wenn das Wort «Utopie», das «kein Ort, nirgends» meint, überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann es nur der einer Vision gültiger Lösungen von gesamtgesellschaftlichen Konflikten sein, die einer konkreten Gesellschaft in einem exakt zu benennenden Augenblick derart zu schaffen machen, dass Handlungsbedarf entsteht.

Alle mir aus der Literatur bekannten Utopien projizieren denn auch Phantasiebilder von mehr oder weniger wünschbaren Alternativen zu historischen oder aktuellen gesellschaftlichen Übelständen. Unter «Utopie» verstehe ich also keinesfalls den Wunschtraum einer «endgültigen Ankunft» in paradiesischer Geschichtslosigkeit. Utopien verstehe ich vielmehr als jene *geistigen Instrumente*, mit deren Hilfe wir immer wieder von neuem versuchen, jenes prekäre Gleichgewicht zwischen soeben überwundenen und sich abzeichnenden neuen existentiellen Problemen zu halten, ohne welches sowohl der Einzelne wie die Gesellschaft sehr arm dran wären.

Noch einmal Marc Bloch: «Was etwa wäre utopischer als die Idee, in einem geknechteten und gründlich gedemütigten Land einen aussichtslosen umfassenden Aufstandsversuch von Freiwilligen zu organisieren? Und doch wurde aus dieser Idee schliesslich die Résistance geboren. Sind Sie Christ? Dann frage ich Sie: Gibt es etwas Utopischeres als das ungescheut verkündete Nahen eines Reichs des Geistes, welches die Begehrlichkeiten und die Mächtigen geringachten wird?»